

ZWEITFASSUNG

Interview mit Dr. Hans Oprecht am 24. September 1971 in Zürich

Die ersten Emigranten kamen Anfang der dreißiger Jahre aus Deutschland in die Schweiz, d.h. vor der Machtergreifung Hitlers, weil sie kritisch genug waren, den Gang der Dinge vorzusehen. Es handelte sich dabei um recht bekannte Leute, Politiker und literarisch Engagierte. Manche konnten einfach nicht mehr in dieser Atmosphäre leben, die dazu angetan war, sie geistig umzubringen. Es kamen vor allem Leute der politischen Linken, Gewerkschaftsfunktionäre, Parteifunktionäre, hauptsächlich aus Berlin. Die Schweiz zog sie an, weil dort Deutsch gesprochen wurde. Viele gingen allerdings aus diesem Grund auch nach Österreich. Es gab aber auch solche, die glaubten, man könne sich mit Hitler arrangieren, in Gewerkschaft und Partei, die deshalb blieben. Bezeichnend dafür ist der Konflikt im März/April 1933 wegen des Gewerkschaftsvermögens. Ich habe zum Teil selbst Geld geholt und es dann hier bei der Genossenschaftlichen Zentralbank deponiert.

Die Zahl der Emigranten ist sehr schwer abzuschätzen, da durch die harten Gesetze der Fremdenpolizei viele im Untergrund in der Schweiz leben mußten. Man konnte ihnen nur helfen, Papiere zu bekommen. Viele Flüchtlinge wanderten auch weiter nach Frankreich. Der Weg ging oft über Italien, weil man dort besser durchkam. Gingen sie nach Frankreich, so blieben sie meist in Südfrankreich, ein Teil ging allerdings auch über Paris nach England. Politische Betätigung war von der Bundespolizei prinzipiell verboten. Man konnte nur privat Beziehungen nach Deutschland pflegen. Man riskierte, sofort an die Grenze gestellt zu werden, und es ist dies auch vorgekommen. Die Schweiz hatte die Befürchtung, Hitler zu provozieren. Das wollten vor allem die Behörden vermeiden. Auch das Arbeitsverbot war kaum zu umgehen, allenfalls noch im Tessin. Ich denke da an Kurt Kläber und Lisa Tetzner. Sie hatten die Möglichkeit, etwa bei Sauerländer, der Kinderbücher herausbrachte, ihre Bücher zu verlegen. Dasselbe war der Fall bei dem italienischen Emigranten Ignazio Silone, der zunächst nach Paris ging, noch einmal

nach Italien zurückkehrte, bevor er sich in der Schweiz niederließ. Mein Bruder, Emil Oprecht, hatte bei ihm Verlagsrechte erworben; so konnte Silone seine Bücher dann zum Teil auch hier schreiben.

Offiziell gab es keine politischen Organisationen in der Emigration. Erwischte man Emigranten, die sich politisch betätigten, so stellte man sie anfangs an die Grenze, später internierte man sie. Mittelpunkt der deutschsprechenden Emigration war Zürich. Konnten die Flüchtlinge Französisch, so haben sie sich auch vielfach in der welschen Schweiz angesiedelt. Die Lebensbedingungen dort waren härter, denn die Emigranten konnten nur dort illegal arbeiten, wo sie zumindest die Sprache beherrschten. Offiziell entstanden nur Hilfsorganisationen wie das Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Wieviele Emigranten dort unterstützt wurden, weiß ich heute nicht mehr. Man kann das in den Berichten der Bundespolizei nachlesen, die im Sozialarchiv aufbewahrt werden. Allerdings sind dort nur die gemeldeten Fälle verzeichnet, nicht die der Untergetauchten oder derer, die mit falschen Papieren hier lebten.

Illegal waren auch die Zeitschriftenpublikationen in der Emigration. Eine Erlaubnis hätte auch im Widerspruch zur Politik des Bundes gestanden. Gegen Ende, mit abnehmender Gefahr, trat eine gewisse Liberalisierung in den Verbotsvorschriften und gegenüber Übertretungen ein. Die Überwachung wäre gegen Schluß des Weltkrieges auch zu vielfältig für unsere begrenzte Zahl von Polizisten geworden. Gestattet waren die Treffen der Mitglieder von Hilfsorganisationen. Die Gruppierungen im Freien und Demokratischen Deutschland bildeten sich erst nach dem Zusammenbruch. Bis dahin hatte eigentlich die Angst in der Schweiz nicht aufgehört; speziell in Schaffhausen hat man die ganze Kriegszeit über immer mit einem Einmarsch der Deutschen gerechnet.

Die Alliierten haben sich nicht um die Fremdenpolitik der Schweiz gekümmert. Auch ihre Geheimdienste waren der schweizer Polizei offiziell nicht bekannt. Selbst Allen Dulles mußte zu Anfang sehr vorsichtig sein. Man wollte keine Konflikte.

Es kamen auch viele religiös Verfolgte hierher. Die Katholiken wurden zum Teil in Klöstern oder Pfarrhäusern der Umgebung untergebracht, es gab aber auch noch andere Möglichkeiten. Elisabeth Wiskemann, offiziell Presseattaché bei den Engländern, hat durchaus auch andere Dinge gemacht. Sie hat das auch ganz offen in einem Buch über ihre Zeit in der Schweiz geschrieben.

Innenpolitische Konflikte und Diskussionen um die Emigranten gab es nur in der Mitte der dreißiger Jahre, solange die Frontenbewegung noch eine Rolle spielte. Nachdem die verschiedenen Fronten zusammengeschlagen worden waren, d.h. alle Frontenbildung unterdrückt wurde, gab es das nicht mehr. Im Krieg entstand aus dem Zusammenschluß aller Parteien und politischen Richtungen dann die Aktion "Nationaler Widerstand". Sehr maßgeblich beteiligt war am Zustandekommen dieser Front Hausmann. Es gab noch andere Militärs, die sehr wesentlich Einfluß darauf genommen haben, so der Oberstkorpskommandant i.R. Ernst, der heute bei der "Nationalzeitung" tätige Allgöwer. Bereits 1934/36 hatte die SPS ihre Haltung zur Landesverteidigung geändert. Ich selbst habe 1936 in der Partei darüber referiert, auf dem Parteitag, und zur Verteidigung aufgefordert. Es gab immer noch eine Reihe von prinzipiellen Antimilitaristen, vor allem in der Westschweiz, etwa Humbert-Droz, dessen achtzigsten Geburtstag wir jetzt erst gefeiert haben. Die sogenannte Linke in der Westschweiz war - von Frankreich beeinflusst - auch antimilitaristisch, speziell in Genf und Neuenburg, während in Fribourg, wo mehr Katholiken sind, die Einstellung schon wieder ganz anders war, auch im Wallis. Die Kommunisten sind 1940 verboten worden. Man wußte nicht genau, wo sie standen, damals gab es ja die Allianz Hitler-Stalin. Man befürchtete, daß sie in deren Auftrag hier wirksam werden könnten. Es gab dann eine Reihe Nachfolge- und Tarnorganisationen der Kommunisten. Zum Teil sind sie auch nach Rußland gegangen wie Hofmeier und Humbert-Droz, kamen aber baldmöglichst wieder zurück.

Die Gruppe um Wolfgang Langhoff und das Zürcher Schauspielhaus stand auch links, man kann aber nicht sagen, daß sie Kommunisten waren. Das hat sich erst im Lauf der Zeit ergeben. An-

fangs wollten sie einfach gegen die Nazis kämpfen, wo sie konnten. Entsprechend wurde sogar der Spielplan zusammengestellt.

Ich bin überzeugt, daß die Emigranten aus der Schweiz gewisse Demokratie-Vorstellungen mitgenommen haben, vor allem, daß die Gefahr einer zentralen Regierungsmacht die Diktatur eines Einzelnen ist. Darum hatten bei uns die Kommunisten auch viel weniger Erfolg, weil unser Regierungssystem anders ist. Nur an den Grenzen, wo der Einfluß Frankreichs oder Deutschlands wirksam war, konnten sie mit mehr Einfluß arbeiten. Umgekehrt kann man allerdings sagen, daß die Emigranten der Schweiz auch etwas gegeben haben, in erster Linie auf literarischem Gebiet und politisch über die Literatur. Die Literatur ist schließlich ein wichtiges Mittel, um Politik zu machen. Ich denke etwa an die Bücher, die im Europa-Verlag herausgekommen sind. Aber auch direkte Einflüsse von der Emigrantentätigkeit auf die schweizer Innenpolitik gab es, nachzulesen in dem vierbändigen Bericht von Edgar Bonjour. Die schweizer Innenpolitik war zu dieser Zeit vor allem durch zwei Schwerpunkte ausgezeichnet: Die Verteidigung der Neutralität und den Nationalen Widerstand, die Einigung aller Parteien. Jeden Vorwand für einen nationalsozialistischen Angriff zu vermeiden, war das Hauptprinzip der schweizer Politik. +++++

(Aufgenommen durch Wolfgang Jean Stock)

ZWEITFASSUNG

Interview mit Dr. Hans Oprecht in Zürich am 25.3.1972

Ich kann keine Angaben über das Verhältnis des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum ADGB im Frühjahr 1933 machen, weil ich damals nicht Mitglied des Bundeskomitees war. Ich war zu dieser Zeit ehrenamtlicher Zentralpräsident des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und Martin Meister der geschäftsführende Sekretär des Verbandes. Er gehörte dem Bundeskomitee des SGB an. Ich habe so nur indirekt erfahren, dass die deutschen Gewerkschaften von Berlin aus versucht haben, ihr Vermögen über den Schweizerischen Gewerkschaftsbund bei der Genossenschaftlichen Zentralbank in Zürich anzulegen. Es stimmt also, dass damals Vereinbarungen darüber von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften getroffen wurden, so auch bei den Verbänden der öffentlichen Bediensteten. Ich selbst habe mit dem Geschäftsführer des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes abgesprochen, dass wir für ihre Organisation bei der Bank Treuhänderfunktionen übernähmen. Mein Kontrahent in Berlin war Fritz Mündtner, der Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Die Verfügungsgewalt über die bei der Bank angelegten Gelder hatte er und, in seinem Namen, ich. Als Funktionäre des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in die Schweiz flüchten mussten, wurden sie aus diesem Fonds unterstützt. In der Hauptsache waren es die Spitzenfunktionäre des Verbandes. Wir wussten, dass die Mehrzahl der Emigranten keine gültigen Ausweispapiere besaßen. Wollten sie sich legal in der Schweiz aufhalten oder wieder ausreisen, so mussten wir ihnen die Ausweise besorgen. Mir war bekannt, dass solche "Strafverfolgte" ihre Pässe beim Regierungsrat des Kantons, in dem sie wohnhaft waren, hinterlegen mussten. Von einem mir, politisch, gewerkschaftlich und auch persönlich nahestehenden Regierungsrat eines Kantons, habe ich damals solche Pässe "ausgeliehen".

Wer keine gültigen Ausweispapiere hatte, wurde im Prinzip wieder an die deutsche Grenze gestellt. Diese Vorschrift hatte einen Grund: Besonders im Kanton St. Gallen kam es vor, dass Nazis ohne Papiere einreisten, um sich als Emigranten getarnt betätigen zu können. Die deponierten Pässe haben wir vorwiegend für Auswanderer nach Südamerika benutzt. Dort waren die Kontrollen bei der Einreise in einzelnen Ländern nicht so streng. Solche Einreisen haben geklappt in der Regel, das habe ich von mehreren

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5403/74	Best. Z5/3032
Rep.	Kat.

Seiten bestätigt bekommen. Die "entliehenen Ausweise" wurden selbstverständlich nicht zurückgegeben, wir wären sonst Gefahr gelaufen, "erwischt" zu werden. In Südamerika hatten es diese "Flüchtlinge" nicht schwer, dort gültige Pässe zu bekommen. Sie galten als Schweizer Bürger, und konnten deshalb die Hilfe der diplomatischen Vertretung der Schweiz in Anspruch nehmen. Ich habe nicht mehr als maximal 60 Personen auf diese Weise helfen können: nicht alle Pässe waren brauchbar, ausserdem durften wir mit unserer Praxis nicht auffallen.

Hauptmann Grüniger in St. Gallen war für Leute verantwortlich, die auf irgendeine Art polizeinoterisch waren. Er wusste, dass ihnen die Verhaftung und die Ausweisung drohte, wenn sie in der Schweiz blieben. Deshalb hat er ihnen zum illegalen Grenzübertritt verholfen. Man hat ihn deswegen später scharf angegriffen, er hat seine Stelle und seine Pension darnach verloren. Er ist von vielen verteidigt worden, was zu seiner moralischen Rehabilitation beigetragen hat.

Mein Major Hausmann Teufen, Appenzell weiss ich ~~was~~ dass er mit deutschen Emigranten nachrichtendienstliche Kontakte hatte. Sein eigener Dienst war ursprünglich privat. Erst bei Kriegsbeginn ist er damit militärisch integriert worden. Die alliierten Nachrichtendienste fungierten offiziell als "Dependancen" der jeweiligen Botschaft. Mein Bruder hat mich mit Allen Dulles bekanntgemacht. Als Nachrichtenquelle hatten die alliierten Dienste ihren Wert. Ich glaube nicht, dass sie durch Nachrichtenübermittlung auf die deutsche Kriegsplanung Einfluss nehmen konnten. Sie konnten Empfehlungen an das "State Department" geben, was sie eifrig getan haben: Die Amerikaner, um den Russen bei der Besetzung Deutschlands zuzukommen. Wir haben dabei auf Seiten der Amerikaner gearbeitet. Ich kenne deren Namen möchte aber keine nennen. Aus demselben Grunde kann ich auch nicht jemanden empfehlen, der darüber etwas weiss, denn keiner redet gern von seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Das Aktenmaterial liegt insgesamt in Bern im Militärdepartement.

Beim Internationalen sozialistischen Kampf waren Hanna und René Bertholet in der Schweiz tätig. Beide kannte ich sehr gut, beide gingen nach dem Krieg sofort wieder nach der BRD zurück. Sie haben vor allem mit der Widerstandsbewegung in Deutschland zusammengearbeitet. Leider ist ihr Vertrauensmann Willi Eichler Ende des Krieges gestorben. Er hätte authentisch über die Tätigkeit der Bertholets aussagen können. Ueber sie habe ich auch Kontakt zu anderen ISK leuten gehabt. Eine ähnliche Gruppe wie die JSK waren in der Schweiz die "Ragoziener", Sozialisten auf der Basis religiöser Ueberzeugung.

Hanna und René Bertholet lag besonders der Wiederaufbau Deutschlands am Herzen. Deshalb haben sie auch die Grenzkantone in ihrer Tätigkeit bevorzugt. Von dort konnten leichter Nachrichten übermittelt und Grenzkarriere hinübergeschickt werden. Doch alle diese Aktivitäten sind erst nach und nach entwickelt worden, weil die Fremdenpolizei jede solche illegale Arbeit ausserordentlich erschwert hat. Bei Beginn des Krieges hatte die Schweiz ein eigenes Interesse an Verbindungen nach Deutschland, die dann vorwiegend von ISK-Leuten und Kommunisten hergestellt worden sind. Unsere Sympathien gehörten von Anfang an den Aktiven und Militanten. Sie haben wir unterstützt. Schliesslich sahen wir früher und deutlicher, wohin der Nationalsozialismus in Deutschland führen musste und dass die deutschen Genossen in keiner Weise auf Hitler vorbereitet waren. Leider gab es wenig aktive Emigranten in der Schweiz. Allerdings hat auch unser Misstrauen sie oft behindert. Es war für uns anfänglich nicht immer leicht, Nazis von Antinazis zu unterscheiden.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass die deutschen Kolonien in der Schweiz und auch die Auslandsgruppen der NSDAP viel systematischer aufgebaut worden sind, als wir ahnten: die Gefahr, dass Schweizer den Parolen der Nationalsozialisten erlagen, war zumindest bis 1939 nicht gering. Selbstverständlich ist dadurch natürlich auch die Haltung der SPS beeinflusst worden. Teilweise ist versucht worden, die NS-Organisationen zu unterwandern. Durch die Richtlinienbewegung (Front der Arbeit) sollten die mittelständigen Kreise (Angestellte etc.) erfasst werden, die weder in einer Partei noch in der Gewerkschaft organisiert waren. Am meisten gefährdet waren die Jungbauern, die von der "Erbhofpolitik" des Nationalsozialismus beeindruckt waren. Auch sie sollten in das Programm der Richtlinienbewegung eingebaut werden, zu einer Volksallianz.

Volksfront- und Einheitsbestrebungen haben wir dagegen weitgehend abgelehnt, da sie uns so suspekt waren wie ihre persönlichen Vertreter. Trotzdem gab es bei einzelnen Volksabstimmungen gemeinsame Aktionen von SPS und KP. Solche Abstimmungen haben sich in der Richtlinienbewegung integrierend ausgewirkt. Insofern könnte man sagen, dass wir eine "angewandte" Volksfrontpolitik betrieben haben, wenn wir auch den Begriff nicht liebten. Höhepunkt der Einigungsbestrebungen waren die Jahre 1936 bis 1939.

Ein weniger gespanntes Verhältnis zur KP hatten die Gewerkschaften. Als Gewerkschafter sind die Kommunisten anerkannt gewesen. In der SPS hat man die Unterwanderung durch die KP sehr gefürchtet; nicht ohne Grund: In Konstanz im Thurgau und in Basel haben die Kommunisten tatsächlich versucht, ihre Parteifunktionäre nach dem Verbot der KP in die SPS einzuschleusen. Viele alte Kommunisten

sind damals übergetreten, Namen möchte ich nicht nennen. Jules Humbert-Droz fällt insofern nicht in diese Rubrik, als er erst nach dem Krieg in die SPS zurückgekehrt ist. Ihm ist es auch nach seiner Rückkehr aus Russland schwer gefallen, sich in der Schweiz wieder einzuleben. Walther Bringolf, der schon 1931/32 aus Moskau zurückkam, hatte es leichter. Ich musste manchen Widerstand beseitigen, bevor Humbert-Droz wieder in die SPS aufgenommen worden ist. Es lohnt sich, dazu seine Memoiren zu lesen, die seine Frau herausgegeben hat. 1943 setzte sich Humbert-Droz bei der Spaltung der KP sofort für eine Unterstützung der SPS ein. Theo Pinus hat lange geschwankt, so dass man nicht recht wusste ob ihm sein "Geschäft" wichtiger oder die Partei.

(Aufgenommen durch Wolfgang Jean Stock)

Institut für Zeitgeschichte

ZEUGENSCHRIFTUM

Name:	ZS Nr.	Bd	Vermerk:
OPRECHT, Dr. Hans.	3001	I	V

katalogisiert Seite: 1-4 Sachkatalog: II - 1.04 IV - 2. Schweiz VI - 4. VIII - 2.01	Personen: Eichler Willi Bertholet, Hanna u. Rene' Pinkus Theo Brinolf, Walter
---	--

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5029/73	Best. 25 3001
Rep.	Kat. Wrede

ERSTFASSUNGZusatzinterview mit Dr. Hans Oprecht in Zürich am 25.3.1972

Ich kann keine detaillierten Angaben über das Verhältnis von Schweizerischem Gewerkschaftsbund und ADG im Frühjahr 1933 machen, weil ich damals noch nicht Mitglied des Bundeskomitees war. Ich bin zu dieser Zeit Zentralpräsident des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes gewesen, Meister der geschäftsführende Sekretär. Ich habe also nur indirekt erfahren, daß die deutschen Gewerkschaften von Berlin aus versucht haben, Ihre Gelder über den Schweizerischen Gewerkschaftsbund bei der Genossenschaftlichen Zentralbank in Zürich anzulegen. Es stimmt, daß derartige Vereinbarungen zwischen den Spitzenorganisationen getroffen wurden, ebenso auch bei den Verbänden der öffentlich Bediensteten. Ich selbst habe mit dem Geschäftsführer des Gemeinde- und Staatsarbeitervorbandes abgesprochen, daß wir für die deutsche Organisation Treuhänderfunktionen übernehmen. Mein Kontrahent in Berlin war Fritz Mündtner. Die Verfügungsgewalt über die bei der Bank angelegten Gelder hatten er oder in seinem Namen ich. Als Mitglieder des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in die Schweiz flüchteten, wurden sie aus diesem Fond unterstützt. In der Hauptsache waren das Spitzenfunktionäre.

Wir wußten, daß die Mehrzahl der Emigranten keine gültigen Papiere mehr besaß. Wollten sie sich legal in der Schweiz aufhalten oder ausreisen, so mußten wir ihnen erst Ausweise besorgen. Mir war bekannt, daß Strafverfolgte ihre Pässe bei dem jeweiligen Regierungsrat des Kantons, in dem sie inhaftiert waren, hinterlegen mußten. Von einem mir politisch, gewerkschaftlich und auch persönlich nahestehenden Regierungsrat des Kantons St. Gallen habe ich damals Pässe "ausgeliehen". Wir vereinbarten, daß er sie bei einem Besuch meinerseits auf dem Fensterbrett "vergessen" sollte. Diese Papiere wurden dann frisiert.

Wer keine gültigen Ausweispapiere hatte, wurde im Prinzip an die deutsche Grenze gestellt. Diese Bestimmung hatte einen

guten Grund: Besonders im Kanton St. Gallen kam es oft vor, daß Nazis ohne Papiere einreisten, um sich als Emigranten getarnt betätigen zu können. Die gefälschten Pässe haben wir vorwiegend für Auswanderer nach Südamerika benutzt; dort waren die Kontrollen bei der Einreise nicht so streng. Die Sache hat geklappt, das habe ich von mehreren bestätigt bekommen. Die entliehenen Ausweise wurden selbstverständlich nicht zurückgegeben, man wäre ja Gefahr gelaufen, erwischt zu werden. In Südamerika hatten es die Flüchtlinge nicht so schwer, an gültige Papiere zu kommen, da sie als schweizer Bürger einreisten und deshalb die Hilfe der diplomatischen Vertretung der Schweiz in Anspruch nehmen konnten. Trotzdem habe ich nicht mehr als maximal 60 Personen auf diese Weise helfen können, denn nicht alle Pässe waren brauchbar, außerdem durften wir nicht auffallen.

Hauptmann Grüniger war für Leute verantwortlich, die auf irgendeine Art polizeinotorisch geworden waren. Er wußte, daß ihnen Verhaftung oder Ausweisung drohten, sofern sie in der Schweiz blieben. Deshalb hat er ihnen zum illegalen Grenzübertritt verholfen. Man hat ihn später deswegen scharf angegriffen, er hat seine Stelle und seine Pension verloren. Gewiß haben ihn auch viele verteidigt und damit zu seiner moralischen Rehabilitation beigetragen. Juristisch ist er nie mehr ins Recht gesetzt worden.

Von Hausmann weiß ich nur, daß er mit deutschen Emigranten nachrichtendienstliche Kontakte hatte. Sein eigener Dienst war ursprünglich privat. Erst bei Kriegsbeginn ist er in den militärischen integriert worden. Die alliierten Nachrichtenringe fungierten offiziell als Dependancen der jeweiligen Botschaft. Mein Bruder hat mich mit Allen Dulles bekanntgemacht. Als Nachrichtenquelle hatten die alliierten Dienste sicher ihren Wert, ich glaube jedoch nicht, daß sie durch Nachrichtenübermittlung auf die deutsche Nachkriegsplanung schon vor Ende des Krieges Einfluß nehmen konnten. Dazu waren sie zu belastet. Sie konnten lediglich Empfehlungen an das State Department ihrer Länder geben, was sie allerdings auch eifrig getan haben. Die Amerikaner, um den Russen bei der Besetzung Deutschlands zuvorzukommen und umgekehrt. Wir sind dabei auf seiten der Amerikaner gewesen. Ich kenne Na-

men, möchte aber keine nennen. Teilweise sind die deutschen Agenten in die DDR, teils in die BRD gegangen. Aus demselben Grund kann ich auch schlecht jemanden empfehlen, der darüber etwas weiß, denn keiner redet gern von seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Hausmann ist im Moment sowieso nicht ansprechbar, da er sich von einer schweren Lungenentzündung erholen muß und deshalb in den Tessin gereist ist. Das Aktenmaterial liegt heute insgesamt in Bern im Militärdepartement. Die Verschlußzeit ist dreißig Jahre. Eine vorzeitige Genehmigung zur Einsicht könnte nur die Bundesanwaltschaft selbst geben.

Vom ISK waren Hanna und René Bertholet in der Schweiz. Beide kannte ich sehr gut, beide gingen sofort nach dem Krieg wieder zurück. Sie haben vor allem mit dem Widerstand in Deutschland zusammengearbeitet. Leider ist ihr Vertrauensmann Willi Eichler auch schon gestorben. Er hätte am ehesten authentisch über ihre Tätigkeit aussagen können. Über die Bertholets habe ich auch Kontakt zu anderen ISKlern gehabt. Eine ähnliche Gruppe waren in der Schweiz die Ragazianer, Sozialisten auf der Basis religiöser Überzeugung. Hanna und René Bertholet lag besonders der Wiederaufbau Deutschlands am Herzen. Deshalb haben sie auch die Grenzkantone bevorzugt. Von dort konnte man leichter Nachrichten übermitteln und Grenzkuriere hinüberschicken. Doch alle diese Aktivitäten sind erst nach und nach entwickelt worden, weil die Fremdenpolizei jede illegale Arbeit außerordentlich erschwert hat. Bei Beginn des Krieges hat die Schweiz ein eigenes Interesse an Verbindungen nach Deutschland bekommen, die vorwiegend von ISK-Leuten und Kommunisten hergestellt wurden. Die anderen hatten Angst um sich und auch um ihre Genossen in Deutschland. Unsere Sympathien gehörten von Anfang an den Aktiven und Militanten, die haben wir unterstützt. Schließlich sahen wir von außen früher und deutlicher, wohin der Nationalsozialismus führt und daß die deutschen Genossen in keiner Weise auf Hitler vorbereitet waren. Leider gab es zu wenig aktive Emigranten in der Schweiz. Allerdings hat auch unser Mißtrauen die Leute oft behindert. Es war für uns nicht immer leicht, a priori Nazis von Antinazis zu unterscheiden.

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die deutschen Kolonien in der Schweiz und auch die Auslandsgruppen der NSDAP viel systematischer aufgebaut worden waren, als wir ahnten, und die Gefahr, daß Schweizer den Parolen der

Nationalsozialisten erlagen, war zumindest bis 1939 nicht gering. Selbstverständlich ist dadurch natürlich auch die Haltung der SPS beeinflußt worden. Teilweise hat man versucht, die NS-Organisationen zu unterwandern. Durch die Richtlinienbewegung (Front der Arbeit) sollten die mittelständischen Kreise (Angestellte etc.) erfaßt werden, die weder in einer Partei noch in der Gewerkschaft organisiert waren. Am meisten gefährdet waren die Jungbauern, die von der "Erbhofpolitik" des Nationalsozialismus beeindruckt sehr weit rechts standen. Auch sie sollten in das Programm der Richtlinienbewegung eingeschlossen sein, die nichts anderes war als ein Versuch zur Volksallianz.

Volks- und Einheitsfrontbestrebungen haben wir dagegen weitgehend abgelehnt, da sie uns so suspekt waren wie ihre Vertreter. Trotzdem gab es bei einzelnen Volksabstimmungen gemeinsame Aktionen von SPS und KP. Gerade Abstimmungen haben sich auch in der Richtlinienbewegung als integrierend ausgewirkt. Insofern könnte man sagen, daß wir eine angewandte Volksfrontpolitik getrieben haben, wenn wir auch den Begriff nicht liebten. Höhepunkt der Einigungsbestrebungen waren die Jahre 1936 bis 1939.

Ein weniger gespanntes Verhältnis zur KP hatte die Gewerkschaft. Als Gewerkschafter sind Kommunisten durchaus anerkannt gewesen. In der SPS hat man die Unterwanderung zu sehr gefürchtet; nicht ohne Grund: In Konstanz, Thurgau und Basel haben Kommunisten tatsächlich versucht, ihre Parteifunktionäre nach dem Verbot der KP in die SPS einzuschleusen. Viele alte Kommunisten sind damals übergetreten, Namen möchte ich nicht nennen. Julian Humbert-Droz fällt insofern nicht in diese Rubrik, als er erst nach dem Krieg gewechselt hat. Ihm ist es nach seiner Rückkehr aus Rußland schwer gefallen, sich in der Schweiz wieder einzuordnen. Walther Bringolf, der schon 1931/32 aus Moskau zurückkam, hat es leichter gehabt. Ich mußte manchen Widerstand beseitigen, bevor Humbert-Droz in die SPS aufgenommen werden konnte. Es lohnt sich, dazu seine Memoiren zu lesen, die seine Frau herausgegeben hat. 1943 setzte sich Humbert-Droz bei der Spaltung der KP sofort für eine Unterstützung der SPS ein. Theo Pinkus hat lange geschwankt, so daß man am Ende nicht recht wußte, ist ihm sein Geschäft wichtiger oder die Partei.

(Aufgenommen durch Wolfgang Jean Stock)